

# BM

Das Magazin für  
Beamtinnen und Beamte

AUSGABE 04 · 2020

DGB

## WAS DIE GESUNDHEITSÄMTER LEISTEN

### INTERVIEW

Wir müssen mehr in den  
gesellschaftlichen Fokus rücken

### SERVICE

Personalratswahlen  
in der Corona-Pandemie



# 0,- Euro Girokonto<sup>1</sup> für Berufsstarter im öffentlichen Dienst



**Jetzt informieren**  
in Ihrer Filiale vor Ort,  
per Telefon unter  
0721 141-0 oder auf  
[www.bbbank.de/berufsstart](http://www.bbbank.de/berufsstart)



[www.bbbank.de/termin](http://www.bbbank.de/termin)

**50,-<sup>Euro</sup>**  
**Startbonus!<sup>2</sup>**



<sup>1</sup> Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. Stand: 29.01.2020. <sup>2</sup> Voraussetzungen: Eröffnung eines BBBank-Junges Konto zwischen dem 01.02. und dem 31.12.2020, Neumitglied aus dem öffentlichen Dienst ab 16 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, Berufsstarter (Beamtenanwärter/Auszubildender), keine Mitgliedschaft in den letzten 6 Monaten. Nicht mit weiteren Prämien kombinierbar. Die Verbuchung des Startbonus kann bis zu 8 Wochen dauern.



## 04

### TITEL

Was die Gesundheitsämter leisten



## 06

### INTERVIEW

Wir müssen mehr in den gesellschaftlichen Fokus rücken  
Phillip Bergstedt,  
Gesundheitsamt Bremen



## 17

### SERVICE

Personalratswahlen in der Corona-Pandemie

08 MELDUNGEN AUS BUND UND LÄNDERN

15 AUS DEN GEWERKSCHAFTEN

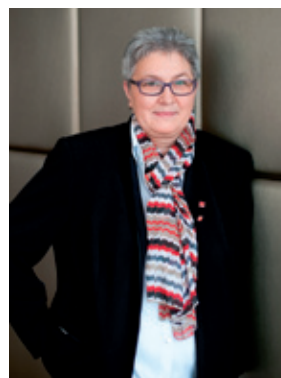
18 VERMISCHTES

## LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

das Thema Corona / Covid-19 ist all gegenwärtig und besetzt nahezu alle Nachrichtenkanäle. Verständlich, die Ausbreitung des Virus und die gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Auswirkungen sind für viele von uns erschreckend.

Dabei zeichnete sich für mich in den letzten beiden Wochen eines ab: Die Wertschätzung der Bevölkerung gegenüber den Beschäftigten, die trotz der potenziellen Gefahr, sich zu infizieren, für die Gesellschaft da sind, steigt wahrnehmbar. Vorne an sind da natürlich die Beschäftigten im Gesundheitswesen. Was sie leisten, ist mehr als bemerkenswert und verdient unser aller Anerkennung! Auch in anderen Branchen, wie dem Einzelhandel und der Logistik wird hart gearbeitet.

Ich freue mich darüber, dass diese Beschäftigten aktuell ins Zentrum der gesellschaftlichen Wertschätzung rücken. Das ist wichtig, weil damit auch einhergeht, dass ein kritischer Blick auf ihre Arbeitsbedingungen geworfen wird: Das Personal im Gesundheitswesen steht unter Dauerstress – ein lang anhaltender Zustand aufgrund fehlenden Personals und Kostendrucks, den die Gewerkschaften seit Jahren kritisieren. Dass KraftfahrerInnen häufig unter Zeitdruck stehen, Überstunden schrubben und oft schlecht bezahlt werden, dürfte auch nicht neu sein. Und dass die Rente von Beschäftigten des Einzelhandels im Alter oft nicht zum Leben reicht, gehört an dieser Stelle auch gesagt. Schauen wir also, dass es nicht beim „Danke“ bleibt.



**Elke Hannack**

Stellvertretende Vorsitzende  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Foto: Simone M. Neumann

# IMPRESSUM



Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin | Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack | Redaktion: Lisa Kranz, Danny Prusseit, Henriette Schwarz, Niels Spilker, Sigrid Werner | Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte, Schulstr. 30 c, 67125 Dannstadt-Schauernheim | Telefon: 0179 4299228, Telefax: 0211 7300275, infoservice@beamten-informationen.de, www.dgb.de/beamtenmagazin, www.dgb.de/beamtenmagazinabo | Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen | Titelbild: istockphoto.com/valentinrussanov / Druck: B&W Druck und Marketing, Bochum | Druck auf Recyclingpapier, aus 100% Recyclingfasern, FSC®-zertifiziert | Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 27. Jahrgang / Jahresbezugspreis: 10,00 Euro inkl. Zustellgebühr | Jahresbezugspreis inkl. Taschenbuch „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“: 22,50 Euro inkl. Zustellgebühr



# WAS DIE GESUNDHEITSÄMTER LEISTEN

In wenigen Wochen hat sich das Coronavirus SARS-CoV-2 auf über hundert Länder ausgebreitet. Die Maßnahmen, welche die Ausbreitung entschleunigen sollen, sind drastisch. Sie sollen das Gesundheitssystem entlasten und Leben retten. Und während ein Großteil der Gesellschaft kräftig auf die Bremse treten muss, rückt die Arbeit vieler systemrelevanter Berufsgruppen umso mehr ins Rampenlicht. Das gilt auch für die Beschäftigten der rund 400 Gesundheitsämter in Deutschland. Das BM gibt einen Eindruck davon, was sie leisten.

Der öffentliche Gesundheitsdienst hat die rasante Ausbreitung des Virus sehr viel schneller registriert und ernst genommen als die Öffentlichkeit. Weil es seine Aufgabe ist. Die Auswirkungen auf die tägliche Arbeit der Ämter waren seit Ende Februar daher vielerorts ähnlich.<sup>1)</sup> Der Informationsbedarf der Bevölkerung war riesig. Mitten in der Erkältungssaison waren

einschlägige Symptome wie Fieber, Husten und Abgeschlagenheit weit verbreitet, zahlreiche Menschen also verunsichert. Nachrichten überschlugen sich, durch die sozialen Medien kursierten Gerüchte. Sobald die KollegInnen der Gesundheitsämter am frühen Morgen das Licht in ihren Büros angeschaltet haben, standen die Telefone nicht mehr still.

## FIEBERHOTLINE JENA

Sie ist es auch in Jena gewesen, berichtet Inken Franke. Sie ist Personalratsvorsitzende der dortigen Stadtverwaltung.<sup>2)</sup> „Wir haben aber ziemlich schnell reagiert, indem wir eine Fieberhotline eingerichtet haben. Das machen unsere Beschäftigten aus der Stadtverwaltung, deren Bereiche geschlossen worden sind. Aus der Bibliothek, aus dem Bürgerservice. Oder die Lehrkräfte aus der Musik- und Kunstschule.“ Das habe gut funktioniert. Ziel sei gewesen, das für eine Stadt mit über 100.000 EinwohnerInnen eher kleine Gesundheitsamt zu entlasten. Sicher, von dessen knapp vierzig Beschäftigten sei ein Teil noch damit beschäftigt gewesen, die Fieberhotline zu unterstützen und im Hintergrund für Fragen zur Verfügung zu stehen. Aber sie hätten insgesamt mehr Luft für die vielen weiteren Aufgaben gehabt: Kontaktpersonen ermitteln, Verdachtsfälle abklären, abtelefonieren, wie es den infizierten Menschen geht, Quarantänemaßnahmen entwickeln, EntscheidungsträgerInnen beraten, im Krisenstab mitwirken, Statistiken aktualisieren und weiterleiten. Die Liste ließe sich fortsetzen.

## TAGE DES GESUNDHEITSAMTES

Mitten in die Corona-Krise fiel am 19. März der „Tag des Gesundheitsamtes“. Er wurde 2019 vom Robert Koch-Institut ins Leben gerufen, um dessen gesellschaftliche Bedeutung hervorzuheben. In diesem Jahr bestand eine solche Notwendigkeit eigentlich nicht. Denn dass es eine sinnvolle öffentliche Aufgabe ist, die Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren zu schützen, wird momentan wohl niemand bestreiten. Die kommunalen Gesundheitsämter sind dabei nicht nur für den Infektionsschutz zuständig. Sie begutachten die hygienischen Standards in Krankenhäusern oder Kitas, helfen und beraten bei psychosozialen Problemen, untersuchen das Trinkwasser, führen Einschulungs- und Vorsorgeuntersuchungen durch, erklären Kindern die Zahnpflege und stehen vor Ort den Pflegeheimen, Krankenhäusern und Arztpraxen mit ihrer Expertise zur Seite. Eine zuletzt stärker ausgebauten Aufgabe ist die Gesundheitsberichterstattung. Hier werden Statistiken für einzelne Städte oder auf Landesebene erstellt.

Bestimmte Aufgaben sind dabei gesetzlich vorgeschrieben, etwa amtsärztliche Begutachtungen zur Verbeamtung oder für die Beihilfe. Andere Schwerpunktsetzungen gehen auf das jeweilige regionale Umfeld ein. Das Gesundheitsamt Frankfurt am Main bietet zum Beispiel seit 2001 eine Humanitäre Sprechstunde an. Sie richtet sich an Menschen, die nicht krankenversichert sind und keine andere Möglichkeit der medizinischen Versorgung in Anspruch nehmen können. Ein Projekt mit Vorbildcharakter.

Nicht nur die Covid-19-Pandemie bestätigt also, dass Gesundheitsämter eine wichtige gesellschaftliche Infrastruktur bilden.

Sie brauchen dafür aber eine aufgabengerechte Personaldecke, die vielerorts jedoch nicht existiert. Ein Beispiel: Laut Statistik der Bundesärztekammer arbeiten in den Gesundheitsämtern momentan rund 2.500

ÄrztInnen. Die Zahl ist in den vergangenen 20 Jahren um ein Drittel zurückgegangen (vgl. taz vom 10.03.2020). Offene Stellen werden nicht besetzt oder wurden gar gestrichen.

Auch Inken Franke beschreibt die Personalausstattung als Problem: „Wir haben hier in Thüringen viele Landkreise, die die Stellen der Amtsärzte nicht besetzt bekommen. In Jena konnten wir jetzt eine neue Ärztin gewinnen. Aber trotzdem: Für den Arztbereich haben wir eine Dauerausschreibung. Beim medizinischen Personal klappt allgemein eine Lücke. Auch bei den Gesundheitsaufsehern wurde über lange Zeit kein eigenes Personal ausgebildet“, erklärt die Personalratsvorsitzende.

Fakt ist: Die Gesundheitsämter und der Öffentliche Gesundheitsdienst müssen gestärkt werden. Bund, Länder und Kommunen müssen als Träger für eine bessere Ausstattung sorgen und dabei auch den erweiterten Aufgabenprofilen Rechnung tragen (siehe Interview auf Seite 6).

„BEIM MEDIZINISCHEN PERSONAL KLAFFT ALLGEMEIN EINE LÜCKE.“

## ÖFFENTLICHE GESUNDHEITSDIENSTE

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) wird oft als „dritte Säule“ des Gesundheitswesens bezeichnet. Einrichtungen gibt es auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen. Zentrale Institutionen sind die insgesamt 380 Gesundheitsämter auf kommunaler Ebene. Ihre Aufgaben sind in den 16 Landesgesetzen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst beschrieben. Die Größenstruktur der Ämter wurde zuletzt 2008 untersucht. Auf die Größenklassen „unter 20 Beschäftigte“, „zwischen 20 und 40 Beschäftigte“ und „mehr als 40 Beschäftigte“ entfielen je ein Drittel. Die Koordination der Gesundheitsämter erfolgt über die Landesgesundheitsbehörden sowie auf Bundesebene über deren Arbeitsgemeinschaft sowie die Gesundheitsministerkonferenz. Dem auf der Bundesebene zuständigen Bundesministerium für Gesundheit unterstehen mehrere Institutionen, unter anderem das Robert Koch-Institut und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.



<sup>1)</sup>Vgl. die Podcast-Reihe auf [oegd.gmp-podcast.de](https://www.oegd.gmp-podcast.de)

<sup>2)</sup>Das Gespräch fand in der letzten Märzwoche statt.



Fotos: Sabine Luther / istockphoto.com/solareseven

# Wir müssen mehr in den gesellschaftlichen Fokus rücken

## Wie bist du zur Arbeit im Gesundheitsamt gekommen?

Ich habe Geografie studiert mit dem Schwerpunkt Stadt- und Regionalentwicklung. Im Gesundheitsamt bin ich eher zufällig gelandet. Ich habe zunächst in der Bauleitplanung und im Bereich Genehmigungsverfahren für Kitas und Schulen gearbeitet, also im umweltbezogenen Gesundheitsschutz. Und später kam der Bereich Hygiene mit dazu, das ist dann der Bereich Genehmigungsverfahren für Krankenhäuser, Pflegeheime, Praxen etc. Also alles, was im Infektionsschutzgesetz so genannt ist.

## Wie sieht deine Arbeit denn konkret aus?

In der Regel läuft es so, dass ein Baugenehmigungsverfahren startet und dann die Träger öffentlicher Belange beteiligt werden müssen. Das Gesundheitsamt ist einer dieser Träger der öffentlichen Belange. Wir werden beteiligt und geben in dem Rahmen eine Stellungnahme ab. Häufig werden wir auch schon vorher von Architekten und Planungsbüros kontaktiert, um uns frühzeitig in die Planung zu involvieren und Tipps geben zu können. Wenn der Bau fertiggestellt ist, bekommen wir eine Benachrichtigung. In der Regel führen wir dann eine Schlussabnahme durch. Bei Kitas und Schulen ist es momentan so, dass wir das aus personellen Gründen nicht leisten können.

## Worauf achtet ihr bei der Begutachtung konkret?

Wir begutachten baulich-hygienisch in dem Fall, vor allem bei medizinischen Einrichtungen. Es geht darum, dass die Räume so gebaut werden, dass hygienisches Arbeiten möglich ist. Die Kontaktoberflächen oder Fußböden müssen so ausgestaltet sein, dass sie desinfektionsmittelbeständig sind. Wir achten auch auf die Wegeführung im OP-Bereich, damit das Personal nicht falsch läuft und eine Trennung in reine und unreine Bereiche möglich ist.

## Und bei Kitas und Schulen ist das ähnlich?

Da geht es eher um umweltbezogene Problematiken. Also um Schadstoffe, die aus Baumaterialien entweichen könnten und die für Kinder schädlich sein könnten. Aus PVC könnten zum Beispiel Weichmacher entweichen. Und wir achten darauf, dass so gebaut wird, dass es auf

den Außenspielflächen bspw. genug Schatten gibt. Auch achten wir auf Lärm und Luftschadstoffe.

## Kannst du einschätzen, wie sich die Personalausstattung über einen längeren Zeitraum verändert hat?

Vor 15 Jahren waren hier mehr Leute tätig. Außerdem kamen immer mehr gesetzliche Anforderungen dazu, etwa durch neue Bundesgesetze, die wir umsetzen müssen. Die Personalausstattung wurde aber nicht entsprechend angepasst, das ist natürlich schwierig. Das führte alles zu einer höheren Arbeitsbelastung. Wir haben also zwei Probleme: Personalmangel und Aufgabenzuwachs.

## In welchem Arbeitsbereich drückt denn der Schuh am meisten im Gesundheitsamt Bremen?

Der größte Problembereich war über lange Jahre wirklich die Infektionsepidemiologie. Also der Bereich, der aktuell mit Corona beschäftigt ist. Dieser Bereich ist seit letztem Jahr aber wieder ganz gut mit Personal ausgestattet. Die Bezahlung der ÄrztInnen wurde verbessert und neue Ausbildungsplätze für Gesundheitsaufseher geschaffen. Das sind die Kolleginnen und Kollegen, die in die Einrichtungen gehen und das Infektionsschutzgesetz durchsetzen. Problembereich ist bei uns, also in der Abteilung Gesundheit und Umwelt, mittlerweile eher die Umwelthygiene, da vor allem die Überwachung des Trinkwassers, aber auch die Baugenehmigungen für Kitas und Schulen. Die sozialpädiatrische Abteilung hat ebenfalls Probleme. Hebammen haben wir fast keine mehr. ÄrztInnen sind ebenfalls schwer zu finden für diese Abteilung. Wie auch für den sozialmedizinischen Dienst. Die AIDS-Beratung oder die Beratung zu Geschlechtskrankheiten haben es auch immer schwerer, da dort viele Kolleginnen in Rente gehen. Im Grunde betrifft es das gesamte Amt.

## Wie viele KollegInnen werden in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand gehen?

Viele. Die meisten sind über fünfzig, Mitte fünfzig. Das sehe ich auch in unserer ver.di-Betriebsgruppe. Viele Aktive verlassen jetzt das Amt.



Das mit jungen Personen auszugleichen, die in die Gewerkschaft eintreten, ist schwierig. Aber wir sind dran.

### Findet im Gesundheitsamt ein Wissenstransfer statt oder geht die Erfahrung verloren?

Darum wird sich leider nicht gekümmert. Wir weisen immer drauf hin, dass rechtzeitig eingestellt werden muss, damit sich die Stellen überlappen und die Neuen von den FachexpertInnen eingearbeitet werden können. Aber das wird seit Jahren nicht gemacht. Es wird immer gesagt, dass Bremen kein Geld hat.

### Was ist deiner Meinung nach das größte Problem im Gesundheitsamt?

Ich kenne meine Abteilung natürlich am besten. Bei den anderen Abteilungen ist aber mein Eindruck der, dass zum Beispiel die Schuleingangsuntersuchungen zwar gemacht werden können, aber es ist immer auf Kante genäht. Das Prostituiertenschutzgesetz ist schwer umzusetzen, da Personal fehlt. Für die Selbsthilfeförderung findet sich auch kein Personal. Abgesehen davon haben wir ein Platzproblem im Gesundheitsamt.

### Wie hat sich durch Corona eure Arbeit in den letzten Wochen verändert?

In meinem Fachreferat ist eigentlich jeder mit Corona beschäftigt. Ich selbst bisher wenig, aber ich versuche die KollegInnen von anderen Aufgaben zu entlasten. Überstunden wurden bisher [Mitte März; d. Red.] zwar nicht angeordnet, aber natürlich gemacht. Bezüglich der arbeitsrechtlichen Fragestellung kommen regelmäßig Informationen von der Verwaltung. Der Arbeitgeber ist dabei, vernünftige Lösungen zu

finden. Es gibt auch einen Krisenstab. Wenn uns diese Krise vor zwei Jahren getroffen hätte, wäre das richtig hart gewesen. Da war das Fachreferat einfach nicht mit genügend Personal ausgestattet. Jetzt gibt es circa 30 Leute in diesem Referat, damals waren es knapp 10.

### Siehst du es auch als Verdienst eures gewerkschaftlichen Engagements, dass sich die Personalausstattung im letzten Jahr verbessert hat?

Definitiv! Es ist unserer Betriebsgruppe und unserer Gewerkschaft zu verdanken, dass da etwas passiert ist. In der Tarif- und Besoldungsrunde 2019 haben wir im Gesundheitsamt einen Warnstreik organisiert. Wenn niemand den Mund aufgemacht hätte, dann wäre hier auch nicht so viel passiert.

### Was müsste aus deiner Sicht passieren, um das Problem Personalmangel zu lösen?

Es wäre gut, wenn der öffentliche Gesundheitsdienst in der Öffentlichkeit endlich wahrgenommen und für wichtig erachtet wird. Wir müssen mehr in den gesellschaftlichen Fokus rücken.

## ZUR PERSON

Phillip Bergstedt arbeitet im Gesundheitsamt Bremen in der Abteilung Gesundheit und Umwelt. Er ist Sprecher der ver.di Betriebsgruppe des Gesundheitsamtes. Das Interview fand Mitte März statt.

## KLINIKEN UND SONSTIGE GESUNDHEITSEINRICHTUNGEN

### Psychosomatische Reha für Mütter mit Begleitkind

Die Mehrfachbelastung in Beruf, Familie und Haushalt bildet oft den Nährboden für Erkrankungen wie Depressionen oder somatoforme Störungen. Solche Krankheitsbilder bedürfen meistens der stationären Rehabilitation. Die Ostseeklinik Kühlungsborn hat ein speziell auf Mütter zugeschnittenes Therapiekonzept entwickelt, das auch psychosoziale Faktoren von Frauen einbezieht. Hierzu gehört auch die Möglichkeit, dass Mütter ihre Kinder mitbringen können.



[www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de](http://www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de)



### Psychosomatische Privatklinik in Bad Grönenbach

Die Akutklinik für Privatpatienten und Selbstzahler bietet Menschen mit psychischen Krisen und Erkrankungen eine umfassende ärztliche und psychotherapeutische Behandlung zur Krisenintervention und für tiefer gehende psychotherapeutische Prozesse an. Die Klinik bietet sowohl für eine kurzfristige Stabilisierung als auch für die psychotherapeutische Behandlung von langwierigen und komplexen Schwierigkeiten die richtige Therapie.



[www.psychosomatische-privatklinik.eu](http://www.psychosomatische-privatklinik.eu)





**NÜRNBERGER**  
VERSICHERUNG

# Sie arbeiten für Menschen. Wir kümmern uns um Sie.

Als Selbsthilfeeinrichtung für den Öffentlichen Dienst erhalten Sie von uns stets die passende Versicherung und Vorsorge, besonders günstige Beiträge und einen herausragenden Service.

Holen Sie Ihr Angebot bei:  
MBoeD@nuernberger.de

[www.nuernberger.de](http://www.nuernberger.de)

Einfach  
passend für den  
Öffentlichen  
Dienst

## MELDUNGEN

### Versorgungsbericht

## BEAMTENPENSIONEN NACHHALTIG GESICHERT

Am 18. März hat das Bundeskabinett den Siebten Versorgungsbericht beschlossen. Dessen zentrale Botschaft: Weitere Verminderungen bei Besoldungs- und Versorgungsanpassungen sind aus haushaltspolitischer Sicht nicht notwendig. Die Versorgung der BundesbeamtInnen und ihrer Angehörigen ist nachhaltig gesichert.

Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag in jeder Wahlperiode einen Bericht zur Beamtenversorgung des Bundes vorzulegen. Die Berichtspflicht zu den erbrachten sowie zu den zu erwartenden Versorgungsleistungen umfasst auch die Darstellung der Sondervermögen des Bundes nach dem Versorgungsrücklagegesetz sowie der Entwicklung des 2013 eingeführten Altersgeldes. Im aktuellen Bericht wird zudem über die Auswirkungen der Anhebung der Altersgrenzen berichtet. Der DGB begrüßt die Erstellung eines solchen Berichts, da dieser eine übersichtliche Darstellung des komplexen Themengebiets „Alterssicherung der BundesbeamtInnen“ bietet. Der Bericht liefert zu verschiedenen Aspekten der Beamtenversorgung Daten. So ist zum Beispiel in allen Beschäftigungsbereichen das durchschnittliche Ruhestandseintrittsalter weiter angestiegen. 2018 lag es im unmittelbaren Bundesbereich bei 62,5 Jahren (55,7 Jahre bei BerufssoldatInnen). Der durchschnittliche Ruhegehaltssatz für Versorgungszugänge aus dem unmittelbaren Bundesbereich betrug 2018 66,4 Prozent (bei BerufssoldatInnen 70,3 Prozent). Kritisch sieht der DGB, dass der Anteil der Pensionierungen auf Grund von Dienstunfähigkeit

im unmittelbaren Bundesbereich in den letzten Jahren insgesamt gestiegen ist und 2018 12,2 Prozent betrug. Damit ist die Aussage aus dem Sechsten Versorgungsbericht,

---

**ANSTIEG BEI  
DIENSTUNFÄHIG-  
KEIT AUF 12,2%**

wonach sich die Anzahl der Frühpensionierungen aufgrund von Dienstunfähigkeit weiter reduziert, überholt. Der DGB vermutet, dass diese Entwicklung ein Anzeichen für die gestiegene Arbeitsbelastung und -verdichtung im öffentlichen Dienst des Bundes ist. Positiv bewertet er die Ankündigung, einen Versorgungsrechner Online zur Verfügung stellen zu wollen. Er soll es ermöglichen, Informationen über die individuellen Alterssicherungsleistungen aus der Beamten-, Richter- oder Soldatenversorgung anhand persönlicher Daten selbst zu ermitteln. Ein solches Service-Angebot ist auch deshalb dringend geboten, da der Anspruch auf eine Versorgungsauskunft, den BundesbeamtInnen gemäß Beamtenversorgungsgesetz haben, nicht hinreichend erfüllt wird. So müssen Betroffene teilweise bis zu zwei Jahre auf eine Auskunft warten.



Der Bericht als Download unter BMI · Themen · Öffentlicher Dienst · BeamtInnen · Versorgung: [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)



## POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK 2019

### KRIMINALITÄT IN DEUTSCHLAND WEITER RÜCKLÄUFIG

Die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten ist 2019 erneut gesunken. Das geht aus der bundesweiten Kriminalstatistik hervor, die das Bundeskriminalamt (BKA) Ende März veröffentlichte. Demnach wurden 2019 rund 5,27 Millionen Straftaten von der Polizei erfasst. Das entspricht einem Rückgang um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.



Dabei haben sich im letzten Jahr bestimmte Kriminalitätsbereiche unterschiedlich entwickelt. Die Diebstahlskriminalität etwa ging auch 2019 weiter zurück. Ursächlich dafür sind vor allem der Rückgang des Wohnungseinbruchsdiebstahls um 10,6 Prozent, aber auch des Taschendiebstahls (minus 9,7 Prozent) beziehungsweise des Diebstahls von Kraftfahrzeugen (minus 10,2 Prozent). Auch die erfassten Straftaten der Wirtschaftskriminalität sanken um 19,9 Prozent zurück. Im Gegenzug wurde bei der Verbreitung kinderpornografischer Schriften ein starker Anstieg um 64,6 Prozent festgestellt.

Ebenfalls erneut gestiegen sind Straftaten gegenüber Polizeivollzugs- und Rettungskräften. Während 2018 bereits mit 85.151 Straftaten ein Negativrekord erreicht worden war, stiegen diese 2019 auf 88.360. Für den neuerlichen Anstieg verantwortlich sind insbesondere die Straftatengruppen „Bedrohung“ mit einem Anstieg von 5,7 Prozent auf 4.414 (2018: 4.176) sowie „tätlicher Angriff“ mit einem Anstieg von 20,9 Prozent auf 26.176 (2018: 21.651) erfassten Vorfällen.

„Der Trend geht weiter. Auch 2019 haben Übergriffe und Respektlosigkeiten gegenüber Polizei, Rettungskräften und Feuerwehr stark zugenommen. Gerade in Zeiten von Corona gehören diese Berufsgruppen mit zu den besonders belasteten im täglichen Einsatz für uns alle. Politik und Gesellschaft sollten sich nach der Krise daran er-

innern, dass der Schutz der Beschäftigten, auf die wir uns alle täglich verlassen, oberste Priorität haben muss!“, kritisiert die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Elke Hannack den erneuten Anstieg der Übergriffe auf Polizei und Rettungskräfte.

## KURZARBEIT

### GEWERKSCHAFTEN UND VKA VERSTÄNDIGEN SICH AUF ECKPUNKTE

ver.di, die dbb Tarifunion und die VKA haben sich auf einen Tarifvertrag („Covid-19-Tarifvertrag“) zur Regelung der Kurzarbeit im Bereich der Kommunen verständigt. Demnach seien in den betroffenen Betrieben betriebsbedingte Kündigungen während der Kurzarbeit und für drei Monate danach ausgeschlossen. Um die Beschäftigten materiell abzusichern, würde das Kurzarbeitergeld auf 95 Prozent (für die Entgeltgruppen EG 1 bis 10) bzw. 90 Prozent (ab EG 11) der Nettoentgelt Differenz aufgestockt. Die Regelungen gelten außer für den Bereich des TVöD und damit verbundene Haustarifverträge auch für den TV-V (Versorgung) und TV-N (Nahverkehr). Auch sei sichergestellt, dass der Tarifvertrag zur Kurzarbeit nicht für die kommunale Kernverwaltung und für den Sozial- und Erziehungsdienst angewendet wird. Weitere Details regeln unter anderem den Umgang mit Arbeitszeitkonten, Mehrarbeit oder bereits bestehenden Betriebsvereinbarungen zur Kurzarbeit. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 15.04.2020. Sollten die Vertragsparteien dem Abschluss zustimmen, gilt dies rückwirkend zum 01.04.2020 bis zum 31.12.2020. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) forderte zuvor in einem Spitzengespräch der Sozialpartner, das Mitte März im Bundesarbeitsministerium stattgefunden hatte, die kom-



munalen Arbeitgeber im öffentlichen Dienst bei den geplanten Regelungen zum Kurzarbeitergeld dringend zu berücksichtigen. Denn nach Auffassung des VKA-Präsidenten Ulrich Mädge seien kommunale Arbeitgeber ebenfalls massiv von der Krise, ausgelöst durch die Corona-Epidemie, betroffen. In den Regelungen des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes existierte bis zum nun getroffenen Tarifvertrag keine Vereinbarungen über Kurzarbeit. Um zu verhindern, dass einzelne kommunale Arbeitgeber mit Beschäftigten vor Ort individuelle Regelungen abschließen, hat die Gewerkschaft ver.di kurzfristig die VKA zu Verhandlungen über Kurzarbeit aufgefordert.

### BAYERN

#### FUNKTIONIERENDE INFRASTRUKTUR

Trotz Ausgangsbeschränkung und Kontaktverboten sind laut Brigitte Zach, Landesfachbereichsleiterin, ver.di Bayern, viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Bayern im Einsatz und sorgen dafür, dass wesentliche Dienstleistungen der Verwaltung für die BürgerInnen zur Verfügung stehen. Vordergründig seien dies die Beschäftigten der Kommunen Bayerns, die für eine funktionierende Infrastruktur sorgen. Dabei sei mit Blick auf die aktuelle Situation der Gesundheitschutz besonders gefordert. Auch deshalb muss der Personalrat der erste Ansprechpartner der öffentlichen Arbeitgeber sein, erklärte Zach. Ohne die Beteiligung der Interessenvertreter sei es nicht möglich, einerseits das Funktionieren der Infrastruktur und andererseits die Interessen der Beschäftigten an einem Arbeitseinsatz unter Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes sicherzustellen.



### BERLIN

#### DGB BEGRÜSST FREISTELLUNGSREGELUNG FÜR KINDERBETREUUNG

Die Corona-Krise greift um sich und so schafft der Berliner Senat Tatsachen. Eltern, die im öffentlichen Dienst des Landes beschäftigt sind und aufgrund von Kita- bzw. Schulschließungen zu Hause ihre Kinder betreuen müssen, ermöglicht der Senat nun zunächst bis zu zehn Tage eine bezahlte Freistellung. Der DGB Berlin-Brandenburg begrüßt dies: „Das ist ein wichtiger Schritt zur Absicherung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen“, so die stellvertretende Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg Sonja Staack. Zudem erwarte der DGB Berlin-Brandenburg von allen Dienststellen, dass sie kurzfristig reagieren und Beschäftigte mit Betreuungsaufgaben auf ihren Wunsch unter Fortzahlung der Bezüge freistellen. Außerdem seien so schnell wie möglich umfangreiche Möglichkeiten für mobiles Arbeiten bzw. Home-Office zu schaffen. In diesem Zusammenhang mahnte Staack in der Krise auf keinen Fall die Mitbestimmungsrechte der Personalräte zu untergraben. Vielmehr sei die Gremienarbeit besonders jetzt zu unterstützen.

### BRANDENBURG

#### NACHWUCHSKRÄFTE FÜR DIE LANDESVERWALTUNG

Das Land Brandenburg hat nach 20 Jahren wieder junge AnwärterInnen in einer Laufbahnausbildung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst ausgebildet. Der erste Einstellungsjahrgang des dual ausgerichteten Bachelor-Studiengangs „Öffentliche Verwaltung Brandenburg“ hat sein Studium Ende Februar erfolgreich beenden können. Begonnen hatte dieser für die 25 AnwärterInnen im September 2016. Das Land Brandenburg bilde laut eigener Auskunft bedarfsgerecht, das heißt entsprechend der sich abzeichnenden Personalbedarfe aus. Nach den erfolgreich bestanden Prüfungen sei allen AbsolventInnen ein Übernahmeangebot vom Land unterbreitet worden. 19 AbsolventInnen haben ihre Tätigkeit am 1. März in verschiedenen Ministerien der Landesregierung und den nachgeordneten Bereichen begonnen. Für drei AnwärterInnen verlängerte sich der Vorbereitungsdienst aus persönlichen Gründen noch, drei weitere hätten sich erfolgreich bei anderen Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes beworben.

### BREMEN

#### HAUSHALTSENTWURF BESCHLOSSEN

Insgesamt stehen laut Haushaltsentwurf für 2020/2021 rund 4,7 Milliarden Euro (2020) für das Land und drei Milliarden Euro (2020) für die Stadt Bremen zur Verfügung. 2021 sind dann für das Land

1		2		3		4	5		6		7	
8			9			10						
		11							12	13		14
15	16							17				
			18		19		20					
21		22			23	24				25	26	
				27					28			
29				30					31			
		32	33				34	35				
36	37					38		39		40		41
42					43							
			44					45				
46					47							

**WAAGERECHT**

**3** Vereinigung, Zweckverband, **6** Versammlungsraum, **8** ital.: Insel, **10** Feier, **11** Brötchen, **12** Miterfinder des Viertaktmotors, **15** Börsenpapier, **17** Verwaltungseinheit, **18** nordafrik. Getreidepflanze, **20** griech. Kriegsgott, **21** Nadelbaum, **23** Eigenbezeichnung von Zigeunern, **25** Aufgussgetränk, **29** Riesenschlange, **30** Jagdtasche, **31** Staatshaushaltsplan, **32** Straßenbenutzungsentgelt, **34** Behörde, **36** Rang, Statusbezeichnung, **39** Giftschlange, **42** Blutgefäß, **43** Pädagoge, **44** Grundbaustein der Materie, **45** mongol. Viehzüchter, **46** Korridor, **47** Leine.

**SENKRECHT**

**1** Kindertagesstätte (Kzw.), **2** Beitrag in einem Internetforum, **3** Edelstein mit erhabener Darstellung, **4** Gewässerrand, **5** Maßeinheit der Akustik, **6** Fenstervorhang, **7** dagegen sein, **9** Vorgesetzter, **13** Bescheinigung, Beglaubigung, **14** Elbezufluss im Mündungsbereich, **16** Kriminalpolizei (Kzw.), **17** Runddorf afrik. Stämme, **19** Temperatur unter dem Gefrierpunkt, **20** Bittermittel (Mz.), **22** Staatsbediensteter (Mz.), **24** engl.: Eins, **26** Stockwerk, **27** erster israelit. König, **28** Nothelfer, **29** griech. Buchstabe, **33** Staatsvermögen, **35** Sittsamkeit, **37** falsches Vorbild, Abgott, **38** heimliches Gericht, **40** Straßenbahn (Kzw.), **41** Schiffstau, **43** Schicksal, Geschick.



Ausgaben in Höhe von 4,8 Milliarden Euro und für die Stadt Bremen in Höhe vom 3,1 Milliarden Euro eingeplant. In den Haushaltsplanungen bleibt Bildung ein Schwerpunkt, erklärte Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte (SPD). Für das Bremer Ressort Kinder und Bildung sieht der Entwurf 2020/2021 demnach eine Steigerung von 21,7 Prozent vor. „Das zusätzliche Geld ist dringend notwendig und gut investiert“, so GEW-Stadtverbandssprecherin Corinna Genzmer. Sie unterstrich, dass Bremen angesichts steigender SchülerInnenzahlen in neue Schulen und weiteres Personal investiere. Außerdem finanziere Bremen nun das Tarifergebnis und seine Übertragung auf die BeamtInnen sowie den Beschluss, auch Grund- und Oberschullehrkräfte nach A13 / E13 zu bezahlen, was nach Auffassung der GEW Bremen dringend nötig ist, um Bremen in der Konkurrenz um Lehrkräfte zu stärken.

### HAMBURG

## POLIZEIZULAGE RUHEGEHALTSFÄHIG MACHEN

Die GdP Hamburg fordert die besonderen Lebensleistungen von PolizeibeamtInnen anzuerkennen. Nicht nur, aber vor allem jetzt zeige sich einmal mehr die besondere Forderung an die Einsatzbereitschaft der Schutzpolizei, die in Zeiten von Corona zum Dauereinsatz werde. Während in anderen wichtigen Bereichen die Präsenz zurückgefahren werde, Dienstzeiten flexibel gestaltet und Homeoffice angeboten würde, müssten PolizeibeamtInnen dem entgegen verstärkte Präsenz zeigen. Diese lebenslange Belastung würden die KollegInnen in Uniform, die Teil der besonders kritischen Infrastruktur sind, nach ihrem letzten Dienst nicht einfach abstreifen, erklärte



Foto: istockphoto.com/calo

die GdP weiter. Sie fordert deshalb die Polizeizulage wieder ruhegehaltsfähig zu machen. Dies unterstreiche auch das Gewicht der Anerkennung für die Leistung der PolizeibeamtInnen.

### HESSEN

## NACHBESSERUNGEN BEI ANWÄRTERBEZÜGEN GEFORDERT

Im Zuge der Veröffentlichung des DGB Anwörterbezügereports hat der DGB Hessen auf die schlechte Bezahlung angehender BeamtInnen im Land hingewiesen. Hessen liege sowohl in der Bezügegruppe A 6 bis A 8 als auch in der Bezügegruppe A 9 bis A 11 deutschlandweit lediglich im Mittelfeld. Zu berücksichtigen sei dabei, dass das Land einer der wenigen Dienstherren ist, der für seine BeamtInnen eine 41 Stundenwoche vorsieht. In Ländern, die eine ähnlich hohe Wochenarbeitszeit haben, werde deutlich besser besoldet. Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen, betont: „Eine zentrale Herausforderung für den öffentlichen Dienst ist es, genügend Fachkräfte für die Arbeit beispielsweise bei der Polizei, im Schuldienst oder in der Landesverwaltung zu finden. Auch für BeamtInnen spielen dabei die Arbeits- und Einkommensbedingungen eine wichtige Rolle“. Wenn das Land im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft oder anderen Ländern attraktiver werden will, müsse sich bei der Besoldung für AnwörterInnen dringend etwas tun, so Rudolph. Der Bund als Arbeitgeber strukturiere die Anwörtergrundbeträge ab dem 1. März dieses Jahres neu und hebt diese teils deutlich an. Daran solle sich Hessen orientieren, betonte Rudolph.

### MECKLENBURG-VORPOMMERN

## GRUNDSCHULLEHRKRÄFTEBEZAHLUNG ANGEGLICHEN

Nach jahrelangem Zögern beschloss die Landesregierung am 10. März in Schwerin, die Gehälter der etwa 2.600 Grundschullehrkräfte im Land aufzustocken. Vom kommenden Schuljahr an sollen sie in A13/E13 eingruppiert werden. Einer Forderung der GEW – bundesweit A13 für alle Lehrkräfte an Grundschulen – wird damit in einem weiteren Bundesland nachgekommen. Somit erhalten GrundschullehrerInnen künftig genauso viel Geld, wie ihre KollegInnen an weiterführenden Schulen. Für betroffene PädagogInnen ergebe sich teilweise eine Einkommenssteigerung von knapp 500 Euro brutto im Monat. Die Regierung mache laut GEW damit deutlich, dass sie die verantwortungsvolle Aufgabe der Grundschullehrer wertschätze. „Wir wollen damit möglichst attraktiv werden für LehrerInnen und hoffen, dass viele den Weg zu uns finden“, ergänzte die Bildungsministerin Bettina Martin (SPD). Denn in den folgenden Jahren würden etwa 600 bis 700 neue Pädagogen jährlich in Mecklenburg-Vorpommern benötigt.

## NIEDERSACHSEN

## PERSONALRATSWAHL: GEW UND VER.DI WEITER MIT MEHRHEITEN

Bei den Wahlen zum Hauptpersonalrat (HPR) beim niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, der auch die Beschäftigten der Landesbildungszentren vertritt, entfallen auf die GEW/ver.di-Liste 6 von 9 Sitzen. Dies zeige, welchen Rückhalt die KandidatInnen von GEW und ver.di bei den Beschäftigten genießen, beurteilte die GEW Niedersachsen das Ergebnis. Wenn auch die Mehrheit im HPR beim Wissenschaftsministerium, der für die staatlichen Hochschulen (ohne die Stiftungshochschulen), die staatlichen Theater und Museen zuständig ist, mit 7 von 11 Sitzen immer noch deutlich ausfällt, musste die Liste von GEW und ver.di im Vergleich zu 2016 jedoch einen Sitz bei den ArbeitnehmerInnen abgeben. Besorgniserregend laut GEW sei jedoch der deutliche Rückgang der Wahlbeteiligung. Erfreulich sei jedoch, dass GEW und ver.di den Platz der Gruppe der BeamtInnen gewinnen konnten. Die Wahl zum Hauptpersonalrat im Kultusministerium wurde wegen der Corona-Pandemie verschoben. Bis zur Neuwahl bleibt der bisherige HPR – längstens bis zum 30. Juni – im Amt.

## NORDRHEIN-WESTFALEN

## IN DIE QUALIFIKATION VON TARIFBESCHÄFTIGTEN INVESTIEREN

Weiterbildungsangebote gib es bei der Polizei bislang vor allem für die PolizeibeamtInnen, nicht aber für den Tarifbereich. Das müsse sich von Grund auf ändern, fordert die GdP NRW. Mit den perspektivisch von hoch spezialisierten Tarifbeschäftigten wahrgenommenen Aufgaben, stiegen nicht nur die Anforderungen an Berufs- und Studienabschlüsse, sondern auch der Weiterbildungsbedarf im Tarifbereich. Sie fordert deshalb, dass für den Tarifbereich ein eigenes Aus- und Weiterbildungskonzept entwickelt werden muss. Nach ihrer Auffassung kann die Polizei dadurch in eine bessere Lage versetzt werden, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzutreten zu können. Damit die Anstrengungen nicht ins Leere laufen, brauche es einen Weiterbildungsetat für die Polizeibehörden. Damit sollen laut GdP auch Stellenausschreibungen für Tarifbeschäftigte in den einschlägigen Jobbörsen finanziert werden.



Mehr dazu im Positionspapier  
[www.gdp.de/NRW](http://www.gdp.de/NRW)

## BSW-Bezügekonto der Commerzbank

### Das kostenfreie Konto, das Geld hinzuverdient!\*



#### Einmalige Vorteile für den Öffentlichen Dienst!

- + **100 EUR** Startguthaben\*
- + **Mindestgeldeingang lediglich 1 Cent\***
- + **Gebührenfreie Kontoführung\***
- + **Beitragsfreie BSW-Nutzung\***  
Mit BSW bekommen Sie bei Ihren Einkäufen Geld zurück auf Ihr BSW-Bezügekonto.
- + **B-Tarif für die ganze Familie:**  
Auch Ihre Kinder und Lebenspartner können das Konto eröffnen.

#### Jetzt Konto eröffnen!

[bsw-bezuegekonto.de](http://bsw-bezuegekonto.de)

Oder bei einer von rund  
1000 Filialen der Commerzbank



\* Kostenlos nur bei privater Nutzung, ab 0,01 Euro mtl. Mindestgeldeingang, sonst 9,90 Euro je Monat, belegloser Kontoführung und Nutzung von Commerzbank-/Cash Group-Geldautomaten. Zusätzlich fallen 1,50 Euro je Vorgang/Scheck für beleghafte Inlands-/SEPA-Überweisungen, Einzug von auf Euro ausgestellten Inlandschecks sowie je Bargeldaus- und Bargeldeinzahlung am Schalter der Commerzbank an. Diese und alle weiteren Bedingungen und Informationen finden Sie unter [www.bsw-bezuegekonto.de](http://www.bsw-bezuegekonto.de).

Info unter:

**Telefon: 0800 444 00 14**

(gebührenfrei; Mo - Fr: 8:00-19:00 Uhr)



[bsw-bezuegekonto.de](http://bsw-bezuegekonto.de)



**BSW. Der Vorteil für den Öffentlichen Dienst**



### THÜRINGEN

#### CORONA-KRISE UND SCHULSCHLIESSUNGEN: GEW STARTET UMFRAGE

LehrerInnen stehen aufgrund der aktuellen Situation vor besonderen Herausforderungen, so die GEW. Sie müssten Wege finden, um den Bildungsauftrag gerecht zu werden. Damit einher gehe die Digi-

talisierung – und das von jetzt auf gleich. Wie es Thüringens LehrerInnen während der Schulschließungen geht, welche Instrumente und Werkzeuge sich bereits bewährt hätten und zu weiteren Fragen führen die GEW Thüringen zusammen mit den Universitäten Erfurt und Jena eine Befragung unter Lehrkräften durch. Ziel sei es, auf Grundlage der Antworten herauszufinden, welche Unterstützungsbedarfe sich aus der Situation ergeben. Die Ergebnisse der Erhebung sollen in einem Bericht zusammengefasst und gemeinsam mit Empfehlungen dem zuständigen Ministerium übergeben werden. Beide Hochschulen wollen die Ergebnisse zudem nutzen, um neue digitale Angebote von Schulen zu entwickeln.



Den Fragebogen zur Umfrage finden Sie auf der Internetseite der GEW Thüringen [www.gew-thueringen.de](http://www.gew-thueringen.de)

#### HINWEIS

Aufgrund der aktuellen Situation finden Sie in dieser Ausgabe des BM nicht aus allen Bundesländern Beiträge. Wir bitten um Verständnis!



Foto: pixabay.com/Taken

## Höchste Zeit, ...



**Debeka**

Krankenversicherungsverein a. G.

... dass Sie sich jetzt von den Vorteilen der Debeka-Krankheitskostenvollversicherung überzeugen, wie z. B. bedarfsgerechter Versicherungsschutz, günstige Beiträge, freie Arztwahl, Heilpraktikerbehandlung, keine Rezeptgebühren. Sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch nehmen, zahlen wir Ihnen bis zu 3 Monatsbeiträge zurück!

Sie haben Fragen? Wir informieren Sie gerne.

**anders als andere**

Info  
**(08 00) 8 88 00 82 00**  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)





**GEW**

**SCHULBILDUNG WÄHREND DER CORONA-KRISE**

Die Voraussetzungen für den klassischen Schulunterricht sind aufgrund der aktuellen Begebenheiten nicht gegeben. Und so nutzen LehrerInnen alle denkbaren und verfügbaren Mittel von Wochenplänen über digitale Plattformen und E-Mails, um den schwierigen Bedingungen etwas entgegenzusetzen und den Kindern und Jugendlichen Lernmöglichkeiten zu eröffnen. Dass die Schulen dabei verhältnismäßig schlecht auf den digitalen Unterricht aus der Ferne vorbereitet seien, zeige sich durch die Corona-Krise deutlich. Das macht Ilka Hoffmann, für Schulpolitik zuständiges Vorstandsmitglied der GEW, klar. So habe nur ein geringer Teil der Lehrkräfte eine eigene Dienstmailadresse oder dienstliche Endgeräte. Einen geregelten Zugriff auf sogenannte Cloudsysteme hätten nicht alle Schulen und wenn doch, stießen diese laut Hoffmann jetzt an die Gren-



Foto: istockphoto.com/metamorworks

zen ihrer Belastbarkeit. In diesem Zuge fordert die GEW-Schulexpertin, den Digitalpakt besser und nachhaltiger auszustatten sowie die Schulen besser in der Entwicklung von pädagogischen Konzepten zu unterstützen als bisher. Die generelle Präsenzpflcht von Lehrkräften an Schulen bewertet die GEW unter der Berücksichtigung der grassierenden Lungenkrankheit und mit Blick auf den Gesundheitsschutz als unsinnig und fahrlässig. Denn viele Lehrkräfte gehörten aufgrund ihres Alters zur Risikogruppe.

**GDP**

**STRAFTATENENTWICKLUNG 2019 – TATRAUM INTERNET**

Anlässlich der Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2019 (PKS) bewertet die GdP die starke Zunahme der Taten im Bereich der Verbreitung von Kinderpornografie als erschreckend. Sie

werfe ein schäbiges Licht auf unsere Gesellschaft, kommentierte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek am 24. März anlässlich der Vorstellung der PKS. Die beunruhigenden Zahlen machten deutlich, dass TäterInnen im Internet breite Möglichkeiten hätten, um die widerlichen Taten zu begehen, so Radek weiter. Umso wichtiger sei es, Straftaten im Tatraum Internet viel effektiver durch die Polizei aufzuklären. Aus Sicht der Gewerkschaft dürfe es hier keine Unterschiede mehr zu den Möglichkeiten der Verbrechensbekämpfung im analogen Raum geben.

**VER.DI**

**TARIFVERHANDLUNGEN FÜR SOZIAL- UND ERZIEHUNGSDIENSTE AUSGESETZT**

Im BM 03-2020 berichteten wir von den Tarifverhandlungen zwischen ver.di und dem kommunalen Arbeitgeberverband (VKA) für die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten, die mit der ersten Verhandlungsrunde am 5. März begonnen haben. Mit den Verhandlungen möchte die Gewerkschaft ver.di eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die rund 234.000 Beschäftigten erzielen. Angesichts der Entwicklungen rund um die Verbreitung des Coronavirus/COVID-19 teilte die Gewerkschaft Mitte März mit, dass die Tarifverhandlungen vorübergehend ausgesetzt werden. Diese Entscheidung sei in Abstimmung mit der VKA getroffen worden. Die Tarifvertragsparteien werden die Entwicklungen rund um das Virus weiterverfolgen. Sobald die Situation es zulasse, werden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Ein neuer Termin für die zweite Verhandlungsrunde und somit für die Fortsetzung der Gespräche konnte noch nicht kommuniziert werden. Über die Wiederaufnahme der Tarifauseinandersetzung werde ver.di entsprechend informieren.



Foto: istockphoto.com/SeventyFour

# KLINIKEN UND SONSTIGE GESUNDHEITSEINRICHTUNGEN

## Klinik Graal-Mürztz

Internistische und onkologische Erkrankungen. Die Therapie – eine Kombination aus Schulmedizin, Ganzheitsmedizin, Naturheilverfahren u.a.



[www.Klinik-Graal-Mueritz.de](http://www.Klinik-Graal-Mueritz.de)

## Gesundheitszentrum Oberammergau

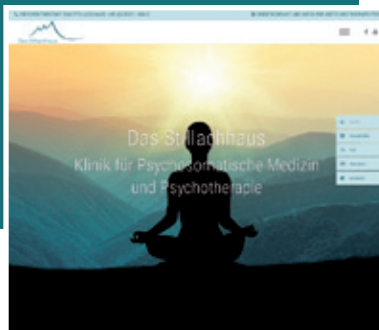
Die Fachklinik am Kofel im Gesundheitszentrum Oberammergau ist bundesweit eine der führenden Adressen im Bereich Rehabilitation.



[www.gesundheitszentrum-oberammergau.com](http://www.gesundheitszentrum-oberammergau.com)

## Stillachhaus Privatklinik

Renommierte Fachklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie. Die Klinik liegt über Oberstdorf im Allgäu auf einem sonnigen Hochplateau.



[www.stillachhaus.de](http://www.stillachhaus.de)

## Kliniken für Psychosomatik und Psychotherapie

Depressionen, Angststörungen, Burnout, Essstörungen, Posttraumat. Belastungsreaktionen, Persönlichkeits- und Psychosomatische Störungen.



[www.dr-reisach-kliniken.de](http://www.dr-reisach-kliniken.de)

## Ev. MutterKindKlinik Spiekeroog, Dünenklinik

Erschöpfungszustände, psychosomatische Erkrankungen, Erkrankungen der Atemwege und der Haut, Erkrankungen des Bewegungsapparates.



[www.duenenklinik.de](http://www.duenenklinik.de)

## Klinik Sonneneck

Spezialisierte Fachklinik für onkologische und hämatologische AHB-, AR- und Reha-Maßnahmen sowie Mitbehandlung von Atemwegserkrankungen.



[www.rehaklinik.net](http://www.rehaklinik.net)

## Nordseeklinik Westfalen

Erkrankungen der Lunge und Atemwege: COPD, Asthma, Lungenemphysem, Alpha-1-Antitrypsinmangel, Erschöpfungssyndrom, Präventionsmaßnahmen.



[www.nordseeklinik.online](http://www.nordseeklinik.online)

## Hier könnte „Ihr Empfehlungseintrag“ stehen...

Rufen Sie uns einfach an Christa Jäcker Tel. 0201 776251 oder schreiben Sie uns eine E-Mail: kontakt@marketing-oeffentlicher-dienst.de



[www.marketing-oeffentlicher-dienst.de](http://www.marketing-oeffentlicher-dienst.de)

Übersicht über die Regelungen im Bund und in den betroffenen Bundesländern

# Personalratswahlen in der Corona-Pandemie

Die Personalvertretung bekommt ein Mandat auf Zeit, weshalb in diesem Jahr im Bund und in mehreren Bundesländern Neuwahlen auf dem Programm stehen. Wir geben einen kurzen Überblick, wie dort mit der aktuellen Situation umgegangen wird.

Foto: istockphoto.com/taadamichi

Zahlreiche Dienststellen sind geschlossen oder einzelne Bereiche unter Quarantäne gestellt. Viele der Beschäftigten arbeiten im Home-Office, andere sind im Einsatz und weit von ihrer Dienststelle entfernt. Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung stellen auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vor immense Herausforderung. Davon ebenso betroffen sind die für das Frühjahr geplanten Personalratswahlen. Wie sieht es vor Ort aus?

## BUNDESEBENE

Personalratswahlen nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) sind in der Zeit vom 01.03. bis 31.05.2020 vorgesehen. In einzelnen Geschäftsbereichen konnte bereits gewählt werden, doch eine Reihe von Wahlen findet erst in den kommenden Wochen statt. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat einen Entwurf für eine gesetzliche Regelung vorgelegt. Diese sieht eine Änderung des BPersVG vor, nach der aktuelle Personalräte für eine Übergangsphase im Amt bleiben, wenn bis Ende Mai keine neue Personalvertretung gewählt werden konnte. Eine personalratslose Zeit wäre damit für einen Übergangszeitraum verhindert. Eine Änderung der Wahlordnung zum BPersVG macht zudem die nachträgliche Anordnung der Briefwahl möglich.

DGB Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung der personalvertretungsrechtlichen Interessenvertretung in der Bundesverwaltung und zum Entwurf einer 5. Verordnung zur Änderung der Wahlordnung zum BPersVG unter



[www.dgb.de/-/xb8](http://www.dgb.de/-/xb8)

## NORDRHEIN-WESTFALEN

Der Landtag wird am 09.04.2020 in 2. Lesung den Gesetzentwurf zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie in NRW und zur Anpassung des Landesrechts beraten. Der Gesetzgeber will hier u.a. mit einer Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes die rechtssichere Mög-

lichkeit zur Verschiebung der Personalratswahlen eröffnen. Sie gilt optional für die Personalräte bzw. Wahlvorstände, die wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie keine Wahlen bis zum Ende der Wahlperiode am 30.06.2020 einleiten können. Die Personalräte, die fristgerecht Wahlen durchführen können, können (und sollen) dies tun.

## HESSEN

Die Personalratswahlen waren für Mai 2020 geplant. Der Landtag hat jedoch am 24.03.2020 das Gesetz zur Verschiebung der Personalratswahlen 2020 beschlossen (LT-Drucksache 20/2566). Es legt fest, dass die bisherigen Personalvertretungen über den 31.05.2020 hinaus im Amt bleiben, längstens bis zum 31.05.2021. Neuwahlen müssen bis spätestens Ende Mai 2021 stattfinden, wobei das hessische Ministerium des Innern und für Sport den Termin festlegt.

## SACHSEN-ANHALT

Personalratswahlen nach dem LPersVG Sachsen-Anhalt waren in der Zeit vom 01.03. bis 31.05.2020 vorgesehen. Durch das Gesetz zur Verschiebung der Personalratswahlen 2020 wird die Amtszeit für die derzeit im Amt befindlichen Personalvertretungen bis zur Wahl einer neuen Personalvertretung verlängert, längstens bis zum 31.12.2020. Der Landtag hat das Gesetz am 02.04.2020 beschlossen (vgl. LT-Drs. 7/5933 u. 7/5948).

## BREMEN

Die Personalratswahlen nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz fanden am 18.03.2020 regulär statt.

## NIEDERSACHSEN

Die Personalratswahlen in Niedersachsen fanden regulär am 10. und 11.03.2020 statt.

## BERLIN

Die Personalratswahlen in Berlin sollen wie geplant zwischen dem 01.10. und dem 15.12.2020 erfolgen.





VERANSTALTUNG

1. MAI KUNDGEBUNGEN ABGESAGT

Die weltweite Ausbreitung des Corona-Virus zwingt die Gewerkschaften zu einer historisch einmaligen Entscheidung: „Schweren Herzens müssen wir die 1. Mai Kundgebungen dieses Jahres leider absagen. Solidarität heißt in diesem Jahr: Abstand halten“, so der Vorsitzende des DGB Reiner Hoffmann. Nächstes Jahr werden wir wieder mit vielen Menschen die Straßen und Plätze füllen und den 1. Mai feiern: Das weltweit größte Fest der Solidarität. Die Solidarität der Gesellschaft brauche jetzt vor allem diejenigen, die von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie besonders betroffen sind, die um ihre Existenzgrundlage fürchten oder um die ihrer Familien, die von Betriebsschließungen, Kurzarbeit oder Geschäftsaufgabe bedroht sind. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen hier, wo immer es möglich ist, so Hoffmann.

LINK-TIPP

AUSWAHLVERFAHREN / BEWERBUNGSGESPRÄCHE ONLINE ORGANISIEREN?

Wie Auswahlverfahren bzw. Bewerbungsgespräche auch online durchgeführt werden können, zeigt und erklärt ein neu herausgegebener Ratgeber. Die Beratungsagentur Next:Public rät in diesem dazu, den Bewerbungsprozess zu digitalisieren, um auch jetzt qualifizierte Fachkräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Der Ratgeber konzentriert sich auf Bewerbermanagementsysteme und Anwendungen zur Videotelefonie, um beispielsweise Bewerbungsgespräche führen zu können.

 [nextpublic.de/ratgeber-rekrutierung-im-oeffentlichen-dienst](https://nextpublic.de/ratgeber-rekrutierung-im-oeffentlichen-dienst)

STUDIE

ARBEITEN WÄHREND DER CORONA-KRISE

Wie arbeiten Sie während der Corona-Krise? Wie nehmen Sie die Arbeit im Homeoffice wahr? Welche Konsequenzen hat die veränderte Situation für die Zusammenarbeit mit Ihren KollegInnen? Diese und ähnliche Fragen möchte eine Studie beantworten, die aktuell von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf durchgeführt wird.

 Mitmachen können Sie auf: [corona.hhu-managementforschung.de](https://corona.hhu-managementforschung.de)



Foto: istockphoto.com/AndreyPopov

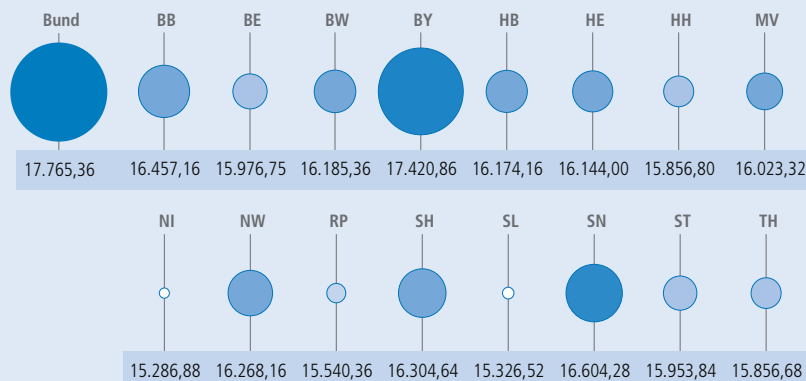
ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Anwärterbezüge

Der öffentliche Dienst braucht dringend Nachwuchskräfte. Die Attraktivität als Arbeitgeber hängt dabei unter anderem von den Ausbildungsbedingungen ab. Dazu gehört auch der finanzielle Aspekt. Der DGB macht darauf in seinem Anwärterbezügereport 2020 aufmerksam. So erhalten AnwärterInnen in der Bezügruppe A 9 bis A 11 beim Bund mit jährlich 17.765 Euro brutto am meisten Geld und in Niedersachsen mit jährlich 15.287 Euro brutto am wenigsten.

 Report abrufbar unter [www.dgb.de/beamte](https://www.dgb.de/beamte)

ANWÄRTERBEZÜGE A 9 BIS A 11 IN 2020 (JAHRESBRUTTO IN EURO)\*



\*ANWÄRTERGRUNDBETRÄGE, GGF. SONDERZAHLUNG(EN) UND EINMALZAHLUNG; EIGENE BERECHNUNGEN; QUELLE: DGB, CC BY-ND 4.0

# Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Krankenversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Auch wenn Sie gerade erst im Job eingestiegen sind, ist es wichtig, dass Sie fit und gesund bleiben. Profitieren Sie von den Vorteilen der **DBV Krankenversicherung** zur Beihilfe speziell für **Berufseinsteiger**. Mit erstklassigen Leistungen von Anfang an. Zu besonders günstigen Ausbildungskonditionen.

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter **www.DBV.de**.



Eine Marke der AXA Gruppe

– Anzeige –



## Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst Unser Angebot – Ihr Vorteil

### RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst\***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst\***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). \* Im AboService nur 5,00 Euro.



### Bestellungen:

Noch schneller geht es online unter: [www.d-b-w.de](http://www.d-b-w.de)

### Bestellung

per E-Mail: [info@d-b-w.de](mailto:info@d-b-w.de)  
per Telefon: 0211 7300335  
per Telefax: 0211 7300275  
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.d-b-w.de](http://www.d-b-w.de)

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Konto-Nummer \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_





# Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge für Beamte



**Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:**

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: aktuell bis zu vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar bis zu sechs Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

**Wir beraten Sie gerne:**

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

**Oder rufen Sie direkt an: Telefon 0800 215315401.**



**HUK-COBURG**

Aus Tradition günstig